Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 75 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Morgen-Ausgabe

Sonnabend, 14. Februar

Anzeigenpreis: Die 8gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 30 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 1,50 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale.

Neueste Tagesnachrichten

* Wie die „Kreuzzeitung" meldet, sind Konteradmiral von Reuter zum Vizeadmiral und Kapitän zur See Meyer-Waldeck zum Konteradmiral befördert worden.

* Zum interministischen Geschäftsträger für Argentinien ist der Wirkliche Legationsrat Dr. Olshausen in Aussicht genommen. Er wird voraussichtlich Ende Februar die Ausreise antreten.

* Die Besprechungen über die Frage des permanenten internationalen Gerichtshofes werden am 16. Februar im Haager Friedenspalast beginnen.

* In ganz Bulgarien ist der Generalstreik ausgebrochen. Der gesamte Bahnverkehr ist eingestellt.

Weitere Forderungen

Auch Erzberger und Scheidemann auf der Liste.

(Von unserem hf.-Sonderberichterstatter.)

Zürich, 13. Februar.

„Corriere de la Serra" meldet, daß in Paris weitere Auslieferungsforderungen an Deutschland fertig gestellt wurden. Man beabsichtigt auch, zehn deutsche Politiker anzufordern, die die deutsche Regierung zur Beschlagnahme von Privatwerken, so auch der Bergwerke von Briey, aufgefordert hatten. Der „Corriere de la Serra" deutet an, daß auch Erzberger und Scheidemann auf die zweite Auslieferungsliste kommen.

*

Die „Preß-Information" meldet aus Paris: In politischen Kreisen wird versichert, daß die neutralen Staaten mit Unterstützung Amerikas und Japans auf die englische und die französische Regierung einen gewissen Druck ausgeübt habe, um von der Auslieferung der schuldigen Deutschen abzulassen. Die Schweiz, Holland, Spanien und die skandinavischen Länder haben der englischen Regierung mitteilen lassen, daß sie die Aburteilung der schuldigen Deutschen im Kriege von einem neutralen Gerichtshof gutheißen würden.

Wie wir bereits mitgeteilt haben, ist das Auswärtige Amt zurzeit damit beschäftigt, das überaus reichhaltig vorliegende Material über Kriegsverbrechen der Feinde zusammenzustellen und zu einer deutschen Gegenliste zu vereinigen.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Liste ist noch nicht festgesetzt. Die deutsche Regierung behält sich vor, zu einem ihr geeignet erscheinenden Zeitpunkt das Material der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Französisch-englisches Mißverständnis

London, 13. Februar.

Der „Times"-Korrespondent in Paris gibt einen Ueberblick über die französische öffentliche Meinung in der Auslieferungsfrage und zieht dann die Schlußfolgerung, wenn die Entente aus Friedensliebe nachgebe, müsse das ganze Versailler Abkommen auseinanderfallen. Und dieses Abkommen sei der Rettungsanker der Menschheit. Zwischen Frankreich und England beständen jetzt Mißverständnisse. Frankreich empfinde es als sehr unangenehm, daß die britische Presse sich aus Kairo Meldungen über die französischen Schwierigkeiten in Syrien brahten lasse, und England werde gleichzeitig durch Nachrichten in den französischen Zeitungen gereizt, die von den britischen Schwierigkeiten in Aegypten, Indien und Irland berichteten. Solange diese Mißverständnisse nicht beseitigt würden, die teilweise auf einen Mangel an Offenherzigkeit, teilweise auf einen Mangel in der Durchführung der feststehenden Politik zurückzuführen seien, könne das gegenseitige Verhältnis nicht besser werden.

Rotterdam, 13. Februar.

Der Oberste Rat begann heute morgen seine Sitzungen in der Amtswohnung Lloyd Georges. Außer Lloyd George waren anwesend die Minister Bonar Law, Balfour, Lord Curzon und General Wilson, der Chef des englischen Generalstabes. Für Frankreich beteiligten sich außer Millerand der französische Gesandte Paul Cambon, Marschall Foch, General Weigand, und Finanzminister Marsall. Außer ihm waren der italienische und belgische Premierminister anwesend. Amerika glänzte durch Abwesenheit. Aufsehen erregte es, als im Laufe des Vormittags der Bischof von London der Sitzung des Rates seinen Besuch machte. Wie aus Paris verlautet, sieht man dort mit Spannung den Entscheidungen des Obersten Rates entgegen. Die Polemik, die die Pariser Presse aus Anlaß der Auslieferung in den letzten Tagen gegen England geführt hat, hat eine gereizte Stimmung erzeugt, die nach durch andere Vorkommnisse erhöht wurde. Aus der Militärvorlage haben die Franzosen erfahren müssen, daß sie für die „Wacht" am linken Rheinufer 100 000 Mann stellen müssen, während England und Amerika sich nur mit je 5000 Mann beteiligen werden. Dann aber, wenn die Einführung der Einjährigendienstpflicht durchdrängt, die 7 Jahresklassen von 1913 bis 1920 nochmals revidiert werden, um aus den Zurückgestellten und Dienstuntauglichen, die noch für den aktiven Dienst Fähigen herauszufischen. Wenn man bedenkt, daß während des Krieges aus diesen Jahresklassen schon alles einigermaßen Verwendungsfähige herausgeholt wurde, so stehen die Franzosen vor der Perspektive viel zu schwerer Militärlasten. Des weiteren ist der französische Siegerstolz durch folgenden Vorgang getroffen worden: Durch Vermittlung des amerikanischen Gesandten hat sich ein amerikanisches Finanzkonsortium gebildet und sich erboten, Frankreich sein Tabak- und Zündwarenmonopol gegen den Betrag von 60 Milliarden abzukaufen. Man steht also vor einem Anerbieten, welches man früher der Türkei oder irgendeinem halb bankerotten Balkanstaat gemacht hat. Aber man muß sich die ganze Sache genau überlegen, denn 60 Milliarden, die man sofort erhalten kann, sind auch nicht zu verachten.

Von dem Beschlusse der Londoner Beratungen erwartet man eine Erleichterung der künftigen Militärlasten, Errettung aus der finanziellen Not, Zustimmung der Alliierten zu der Auslieferungsforderung gegen Deutschland usw.

Die Beratungen hatten allgemein vorläufigen Charakter. Sie galten den hauptsächlichsten deutschen und türkischen Fragen und dauerten sechs Stunden. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Zusammenkunft in London zwei Wochen dauert. Die Verhandlungen gehen langsamer vonstatten als in Paris. Der Grund hierfür liegt in der schwierigen Verständigung, da weder Nitti noch Millerand englisch sprechen, was Clemenceau geläufig sprach. Ein amerikanischer Vertreter nahm an den Verhandlungen nicht teil.

Einer weiteren Reuter-Meldung zufolge befaßte sich der Oberste Rat mit der Frage der Kriegsverbrecher. Hinsichtlich weiterer Vorstellungen Deutschland gegenüber wurde volle Uebereinstimmung erzielt. Die Finanzminister der Alliierten werden in Kürze zusammenkommen, um über Finanzpläne für Europa zu beraten.

Die Entwaffnung Deutschlands

Paris, 13. Februar.

Vor dem Ausschusse für Auswärtiges erschien gestern wiederum General Niessel, um Erläuterungen über die deutsche Armee zu geben. Er setzte die Organisation der Reichswehr, der Sicherheitswehr und der Einwohnerwehr auseinander und sprach über die Organisation der Zeitfreiwilligen. Nach dem „Matin" sprach General Niessel auch von der Möglichkeit, daß Munitionsvorräte in deutschen Fabriken versteckt werden könnten. Der Ausschuß empfahl einmütig, den Kriegsminister baldigst darüber zu hören, wie die Friedensklausel, die sich auf die Entwaffnung Deutschlands beziehe, durchgeführt werde.

London, 13. Februar.

Der Oberste Rat beriet gestern über die Note bezüglich der Auslieferung der schuldigen Deutschen, sowie über die Note an Holland bezüglich der Auslieferung des Kaisers. Der Wortlaut beider Noten wird in der nächsten Sitzung festgestellt werden.

*

Amsterdam, 13. Februar.

Laut „Telegraaf" erklärte bei der Aussprache über das liberale Amendement betreffend Abänderung des Friedensvertrages Lord Robert Cecil, seiner Ansicht nach sei eine Abänderung des Vertrages augenblicklich undurchführbar. Wahrscheinlich müßten aber früher oder später einige Bestimmungen des Vertrages abgeändert werden. Cecil forderte, daß eine Zusammenkunft des Völkerbundes zur Besprechung der russischen Frage stattfinde, wobei zugleich an die Parteien, die noch jetzt Krieg führen, die energische Mahnung gerichtet werden solle, daß jetzt mit dem Kriegführen Schluß gemacht werden müsse, und daß der Völkerbund da sei, um internationale Streitigkeiten aus dem Wege zu räumen. Balfour schloß die Aussprache, indem er erklärte, daß der Friedensvertrag Deutschland in die Lage setzte, selbst die gesamte Entschädigungssumme, die es zahlen wolle, zu nennen, und die Alliierten selbst den Vorschlag gegebenenfalls erwägen würden. Niemand könne jedoch sagen, was Deutschland bezahlen könne. Ueber die Auslieferungsfrage sprechend, sagte Balfour, die englische Regierung hätte eine sehr beschränkte Liste aufgestellt, und die Listen der anderen Länder nicht gesehen. Er habe die Auslieferungsliste mit Clemenceau besprochen, und dieser habe es für wünschenswert gehalten, die Listen so sehr wie möglich einzuschränken, jedoch hinzugefügt, dies sei wegen der zahlreichen von französischen Zivilpersonen beschuldigten Deutschen unmöglich. Das Amendement wurde schließlich mit 254 gegen 60 Stimmen verworfen.

Einer Reuter-Meldung zufolge erklärte Balfour mit Bezug auf die von Deutschland zu zahlende Entschädigungssumme: Der Friedensvertrag enthalte eine Klausel, die Deutschland es ermögliche, innerhalb vier Monaten nach Unterzeichnung des Friedens Vorschläge für eine einmalige Abzahlung der Entschädigungssumme zu machen. Ueber die Wirtschaftslage Europas sagte er: An dem Zustande Europas sei der Krieg, nicht der Friedensvertrag schuld. Großbritannien habe alles getan, was es konnte, und es sei unmöglich, daß die ganze Last auf Englands Schultern falle.

Frankreichs Sehnsucht nach dem Rhein

Kopenhagen, 13. Februar.

Die „Berlingske Tidende" schreibt zu den französischen Absichten auf das linke Rheinufer und zur Auslieferungsfrage u. a.: Millerand rückt die Kohlenfrage als rein französisch-deutsche Frage in den Vordergrund. Durch diesen Schachzug hat er Frankreich die Möglichkeit gesichert, Deutschland gegenüber auf eigene Faust, unabhängig von Lloyd Georges Haltung in der Auslieferungsfrage, vorgehen zu können. Millerands Absichten sind deutlich, zumal da er einen Mann nach London mitgenommen hat, der mit der größten Energie dafür wirken wird, Frankreich die Rheingrenze zu verschaffen. Doch die Auslieferungsfrage ist damit nicht gelöst. Sie läßt sich überhaupt nur auf gütlichem Wege dadurch lösen, daß die Alliierten die Auslieferungsforderung auf irgendeine Weise fallen lassen. Dadurch wird aber die Frage nach Kompensationen in den Vordergrund gerückt und da wird man sicher wieder der Rheinfrage begegnen.

Die Ueberfremdung deutschen Eigentums

Die Entwertung des deutschen Geldes bietet dem ausländischen Kapital die Gelegenheit, von Teilen unseres Volksvermögens zu außerordentlich günstigen Bedingungen Besitz zu ergreifen. Selbst wenn auf eine Ertragssteigerung der neuerworbenen Werte für die nächste Zeit nicht zu rechnen ist, kann der Ausländer beim Ankauf von deutschen Besitzungen, Industriepapieren oder anderen Stücken werbenden Vermögens doch finanzielle Vorteile höheren Grades veranschlagen, weil er die Objekte infolge der verelendeten Markwährung zu Preisen an sich bringt, die weit hinter deren wirklichem sachlichen Wert zurückbleiben. Natürlich läßt das stets nach dem höchsten Profit aussphähende Kapital die Möglichkeit sich nicht entgehen, an den Früchten deutscher Arbeit und Sparsamkeit sich festzusaugen. Unter normalen Verhältnissen wäre gegen den Uebergang von Vermögensstücken aus deutschen in ausländische Hände nichts einzuwenden, denn es entspricht lediglich der Freizügigkeit des Kapitals, daß dieses mit Vorliebe sich dorthin wendet, wo die größten Gewinne in Aussicht stehen. Als die deutsche Wirtschaft dem Auslandskapital offen stand, sind Millionen deutschen Vermögens vor dem Kriege im Auslande untergebracht gewesen. Jetzt haben aber die Verhältnisse ein ganz anderes Gesicht bekommen. Davon ganz abgesehen, daß deutsche Unternehmer vielfach im Auslande an jeder erwerbenden Betätigung durch feindselige Aussperrungen verhindert werden, handelt es sich bei den neuaufgekommenen Kapitalverschiebungen weniger um die früher üblichen kaufmännischen Transaktionen in Börsenwerten oder Grundbesitz als um spekulative Käufe, die auf rein räuberische Ausnutzung der deutschen Valutaschwäche abzielen. Die deutsche Volkswirtschaft büßt dadurch Teile ein, deren Erträge zumeist ins Ausland abfließen und infolgedessen für unsere eigene Wirtschaftskraft keinen Zuwachs bedeuten.

In den letzten Tagen sind urkundliche Beweise beigebracht worden, daß von den französischen Amtsgewalten in den besetzten Gebieten die spekulativen Machenschaften zur kapitalistischen Enteignung deutscher Industriewerke und wertvoller Grundstücke eifrig gefördert werden. Die fremdländischen Eindringlinge scheuen sich nicht, unter der Hand eine Propaganda zum Ankauf deutschen Eigentums zu betreiben, nicht nur um die französischen Besitzrechte am Lande zu verstärken, sondern auch, um vom Rentenertrage Nutzen zu ziehen. Bekannt ist ferner, daß an der New-Yorker Börse zahlreiche sehr kapitalkräftige Konzerne sich gebildet haben, die sich durch Ankauf deutscher Industrieaktien maßgebenden Einfluß auf deutsche Industrien verschaffen wollen. Auch aus den neutralen Ländern strecken sich kapitalistische Fangarme nach deutschem Grund und Boden aus. In Berlin, Breslau, München und anderen Großstädten sind bereits Grundstücke im Werte von Millionen in fremde Hände übergegangen, und daß derartige Geschäfte weiter angebändelt werden, erhellt aus Anzeigen von Grundstücksvermittlern, wonach für ausländische Käufer große Objekte, Häuser und landwirtschaftliche Güter gesucht werden.

Diese „Ueberfremdung" — wie der wirtschaftstechnische Ausdruck lautet — ist um so bedenklicher, als sie zweifellos im Dienste der neuen Methoden zur Kapitalflucht steht. Deutsche Kapitalisten, die ihre Industriepapiere oder Immobilien dem unmittelbaren Zugriff der deutschen Steuergesetze entziehen möchten, suchen durch Umlegung ihrer Kapitalwerte in ausländische Zahlungsmittel, die sie außerdem im Auslande stehen lassen, der scharfen Kontrolle des Inlandes auszuweichen. Die Steuerscheu ist aber für die Ueberfremdung nicht allein maßgebend. Auch die Furcht vor dem Staatsbankerott begünstigt die Verkaufsneigungen inländischer Kapitalisten, die den Besitz einer geringeren Menge sicherer Auslandswerte einem großen Haufen inländischen Papiergeldes, das demnächst völlig entwertet sein könnte, vorziehen. Wie dem auch sei, die Regierung muß auf Mittel und Wege sinnen, der spekulativen Ueberfremdung Grenzen zu ziehen. Denn in der Ueberfremdung treffen zwei Tendenzen zusammen, die beide dem volkswirtschaftlichen Organismus empfindliche Wunden zufügen. Bestand und Rentabilität des Volksvermögens werden durch den Ausverkauf im großen, den die Uebereignung deutschen Besitztums an Ausländer darstellt, schwer beeinträchtigt. Es wäre daher zu erwägen, inwieweit wenigstens die Beteiligung von Ausländern an inländischen Industrieanlagen sich einschränken ließe. Das zweite bedenkliche Moment in der Ueberfremdung ist die verhüllte Steuerflucht, gegen die durch Erweiterung der bereits bestehenden Vorbeugungsmaßnahmen anzukämpfen wäre.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192002141-18/fragment/page=0001

General v. d. Marwitz zur Auslieferung

General v. d. Marwitz sendet der „Post" folgende Aeußerung:

Ich werde mich nicht stellen. Im übrigen kann ich vom deutschen Standpunkte aus nichts äußern, was von berufenen Federn in den Spalten der gleichgesinnten Presse die in dieser Frage bisher ja sogar in den Reihen der äußersten Linken zu finden ist, nicht schon geschrieben wäre. Vom Standpunkte unserer Gegner aus betrachtet, ist es mir aber unverständlich, daß nicht die Offizierkorps oder mindestens die Generalität wie ein Mann aufstehen gegen das unerhörte Verlangen ihrer Regierungen.

Während des Rückzuges der 5. Armee im Dezember 1918 hatte General Pershing, der Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen, mein Gegner an der Maas, einen Parlamentär zu mir geschickt, der nach Erledigung seines dienstlichen Auftrages bat, noch einen persönlichen vorbringen zu dürfen. Sein General habe ihn beauftragt, mich besonders grüßen zu lassen und seiner Bewunderung Ausdruck zu geben über die Art der Kampfführung an der Maas und über die Haltung der 5. Armee. Würde er das gutes heißen, wenn er seinen Gegner „verbrecherischer Handlungen" für fähig gehalten hätte?

Ich habe in gleicher Stellung mun nach den nämlichen Grundsätzen Jahr und Tag die 2. Armee gegen Engländer und Franzosen geführt — sollten deren Führer im Grunde ihres Herzens anders denken als ihr amerikanischer Kamerad? Ich kann und will es nicht glauben. Ein kriegserfahrener General weiß, daß Härten im Kriege unvermeidlich sind. So schwer die vom Kriege betroffenen Gebiete gelitten haben, ganz dieselben Leiden hätten die gegnerischen Führer den deutschen Ländern bereiten müssen, wenn es ihnen gelungen wäre, den Krieg über die Grenzen zu bringen. Als absurd muß man es bezeichnen, dem Führer, der so einschneidende Maßnahmen im Kriege treffen muß, persönliche, verbrecherische Gesinnung vorzuwerfen. Ich bin überzeugt, daß in den besetzten Gebieten, die doch im Frieden leben, schon jetzt Tausende über ganz gleiche Härten klagen würden, wenn ihnen freie Meinungsäußerung gestattet wäre.

v. der Marwitz, General der Kavallerie z. D.

Der Eisenbahnverkehr mit Danzig

Danzig, 13. Februar.

Die Eisenbahndirektion Danzig teilt mit:

Die Vertreter der polnischen Eisenbahn-, Zoll- und Militärverwaltung haben gestern erklärt, den Verkehr auf der Strecke Lauenburg—Danzig nicht zu sperren. Sie sind aber auch ferner bereit, falls die zu erwartende Zustimmung von Warschau eintrifft, vom 13. Februar bis zur Beendigung der Danziger Messe täglich einen Sonderzug von Berlin über Konitz—Dirschau nach Danzig und zurück fahren zu lassen. Als Ausweis für die Reisenden sollen behördliche Bescheinigungen mit dem Zusatz „Zur Messe in Danzig" genügen. Sie werden an der Grenze und bei der Rückfahrt in Danzig von polnischen Beauftragten mit einem Gültigkeitsvermerk versehen. Die Ausgabe direkter Fahrkarten Berlin—Danzig und direkter Gepäckabfertigung wurde zugestanden. Die Zollabfertigung für Güter und Gepäck kann nach Anlegung polnischer Zollplomben unterbleiben, wenn die Züge auf der Strecke Konitz—Dirschau bzw. Lauenburg—Danzig nicht halten. Die polnischen Vertreter werden zu den vorstehenden Maßnahmen die Zustimmung ihrer Warschauer Ministerien durch Funkspruch einholen und der Eisenbahndirektion Danzig bis morgen mittag endgültig Mitteilung machen.

Beschlagnahme unerlaubter Einfuhrware

Berlin, 13. Februar.

In den nächsten Tagen dürfte eine Verordnung von einschneidender Bedeutung veröffentlicht werden, die der 6. Ausschuß der Nationalversammlung geschaffen hat. Alle aus dem Ausland und ebenso aus dem besetzten Gebiet eingeführten Waren, die nach dem 6. Februar hereingebracht worden sind, dürfen von den Behörden beschlagnahmt werden.

Im einzelnen erfährt der „Kol.-Ang." über die Maßnahme folgendes: Von dem Einfuhrverbot waren bisher eine Reihe von Waren ausgenommen. So alle Lebensmittel, die nicht in Deutschland hergestellt werden können und die Textilrohstoffe. Es waren dabei Reis, Hülsenfrüchte, Kakaobohnen, Baumwolle, Wolle und Rohseide bisher zur Einfuhr zugelassen. Diese Waren dürfen auch fernerhin eingeführt werden. Dagegen hat in letzter Zeit sich täglich in größerem Umfange eine Einfuhr aller erdenklichen Gegenstände, die nicht zu den obengenannten gehören, bemerkbar gemacht. Schmuggel und Schieberwesen schossen mehr und mehr ins Kraut. Dem soll jetzt ein Riegel vorgeschoben werden. Der Tag der Annahme dieser Verordnung in der Nationalversammlung, der 6. Februar, gilt als der entscheidende Zeitpunkt. Alles, was an unerlaubten Waren seitdem in das unbesetzte Deutschland eingeführt worden ist, verfällt der Beschlagnahme. Dagegen werden die bereits vor diesem Tage vorhandenen Bestände geschont. Damit durch diese neue Maßnahme nun aber nicht eine große Störung im Handelsverkehr eintritt, werden besondere Uebergangsbestimmungen geschaffen werden, die eine glatte Regelung gewährleisten.

Der Wirtschaftsplan 1920

Zwangswirtschaft für Getreide (auch Hafer) und Kartoffeln. — Mindestpreise.

Berlin, 13. Februar.

Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium hat zu dem Wirtschaftsplan des Reichswirtschaftsministeriums für das kommende Erntejahr endgültig Stellung genommen. Nach eingehender Aussprache, bei der auch Vertreter der Landwirtschaft wiederholt zu Worte kamen, entschloß er sich, der Reichsregierung vorzuschlagen, daß die Zwangswirtschaft sowohl für Getreide wie für Kartoffeln aufrechterhalten und Hafer wieder in die Bewirtschaftung einbezogen wird. Trotz erheblicher Bedenken der industriellen Arbeitervertreter wurden die Mindestpreise, die das Reichswirtschaftsministerium vorgeschlagen hatte, als angemessen anerkannt. Ueber geeignete Reformen der Bewirtschaftung auf Grundlage des engsten Zusammenarbeitens zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen sollen sofort Verhandlungen gepflogen werden.

Einigung im Baugewerbe

(Eigene Drahtmeldung der „H. A.")

Berlin, 13. Februar.

Die seit mehreren Monaten bestehenden Lohndifferenzen sind in erneuter Verhandlung mit dem Reichsarbeitsministerium unter der Leitung von Professor Hiller beigelegt worden. Hierauf wird vom 15. Februar bis 31. März 1920 Teuerungszuschlag von 1 Mark für die Stunde gewährt. Für Großstädte von über 100 000 Einwohnern, für die Industriegebiete Rheinland, Westfalen, Saar, Oberschlesien und für die Bitterfelder, die Leuna- und Lauterwerke beträgt diese Zulage 1,25 Mk.

Der Kesselprozeß vertagt

Berlin, 13. Februar.

Der Kesselprozeß wurde wegen schwerer Erkrankung des Angeklagten auf unbestimmte Zeit vertagt. Der Vorsitzende teilte mit, daß neulich während der Vernehmung des Professors Lepke ihm sein grauer Offiziersumhang durch zwei Messerstiche verdorben worden sei.

Polen und Rußland

(Von unserem hf-Sonderberichterstatter.)

Breslau, 13. Februar.

„Naprzod" meldet zuverlässig aus Warschau, daß die Entente dem polnischen Staatsoberhaupt freie Hand in der Angelegenheit des Friedensschlusses mit Rußland läßt. England hat sogar den Gedanken eines baldigen Abschlusses lebhaft unterstützt.

Der leichtfertigste aller Finanzminister

Bekanntlich hat Herr Erzberger in der Nationalversammlung bei einer seiner berüchtigten Auseinandersetzungen mit dem alten System den Vorwurf erhoben, Staatssekretär Dr. Helfferich sei der leichtfertigste aller Finanzminister gewesen. Die Art, in der Herr Erzberger Steuergesetze macht, hat schon die stärksten Zweifel daran erweckt, ob gerade er der Mann gewesen ist, um eine solche Anklage gegen andere zu schleudern. Neuerdings werden nun durch die Presse zwei Fälle bekannt, die jene Zweifel so sehr berechtigt erscheinen lassen, daß der Vorwurf, den Herr Erzberger gegen Staatssekretär Dr. Helfferich erhoben hat, mit aller Wucht auf ihn selbst zurückfällt. Der erste Fall wiegt noch verhältnismäßig leicht. Es handelt sich dabei, so schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz", um das Abkommen, das mit Holland abgeschlossen worden ist und das uns Rohstoffe und Nahrungsmittel gegen die Lieferung von Kohle sichert. Mit den Verhandlungen über dieses Abkommen war ein Finanzmann betraut, der Deutschlands Interesse in einem höheren Maße wahrnahm, als dem Holländer lieb war. Ihre Klagen genügten Herrn Erzberger, um die Verhandlungen selbst in die Hand zu nehmen und den damit betrauten Fachmann auszuschließen, der nunmehr die Konsequenzen zog und sein Amt niederlegte. Herr Erzberger wurde mit den Holländern sehr rasch handelseinig, und er hat nichts unterlassen, um das deutsch-holländische Abkommen als sein Werk in besonderem Lichte leuchten zu lassen. Ob Deutschlands Vorteil dabei so gewahrt worden ist, wie es möglich gewesen wäre, ist eine andere Frage. Jedenfalls wird man vom kaufmännischen Standpunkte aus die Art, wie Herr Erzberger dabei vorgegangen ist, noch unterhalb der Ansprüche finden, die man an einen Handelslehrling stellt.

Fast unglaublich ist der zweite Fall. Herr Erzberger hat mit einem Vertreter der belgischen Regierung über die Form verhandelt, in der die in Belgien umlaufenden deutschen Noten von uns übernommen werden sollen. Bekanntlich ist die Zahl dieser Noten durch Schiebergeschäfte außerordentlich stark angeschwollen, da mit einer übervertigten Bezahlung dieser Noten durch die deutsche Regierung zu rechnen war. Herr Erzberger hat sich nun bereitgefunden, den Belgiern das deutsche Papiergeld in Goldmark zu bezahlen, und hat dadurch den deutschen Kredit bei dem heutigen Tiefstand unserer Währung mit einer unübersehbaren Milliardenschuld belastet. Reichsbankpräsident Havenstein hat dieser Transaktion schärfstens widersprochen, und er hätte diesen Widerspruch sicher mit seinem Amte bezahlen müssen, wenn das Kabinett die Macht gehabt hätte, ihn abzusetzen. Der einzige Gegenwart, den Herr Erzberger gegen die Bezahlung in Goldmark eintauschte, bestand in Versprechungen des belgischen Unterhändlers, wobei es sich auch u. a. darum handelte, daß Belgien auf seine Auslieferungsansprüche (laut Artikel 228 des Friedensvertrages) Verzicht leisten sollte. Als nunmehr Belgien gleichwohl mit ungeminderten Auslieferungsansprüchen hervortrat, vermißte man natürlich in Berlin die Erfüllung der zugesicherten Gegenleistung und erkundigte sich demgemäß in Brüssel. Dort erfuhr man, daß von irgendwelchen belgischen Gegenleistungen nicht das Mindeste bekannt sei. Herr Erzberger hat sich also von dem belgischen Unterhändler offenbar durch leere Versprechungen einwickeln lassen, ohne für die nötigen Garantien zu sorgen. Wäre nicht durch die Auslieferungsfrage der Stand der Dinge klar geworden, so wären wir Gefahr gelaufen, eine unübersehbare Milliardenschuld auf uns zu nehmen, ohne die geringste belgische Gegenleistung. Und das alles dank Herrn Erzberger, der mit ebenso souveräner Vollmacht wie geringer Sachkenntnis die wichtigsten Finanzgeschäfte zu Lasten des Deutschen Reiches besorgt. Wer ist nun der leichtfertigste aller Finanzminister?

Die Wahlordnung für die Betriebsräte. Im Anschluß an die Veröffentlichung des Betriebsrätegesetzes im „Reichsanzeiger" veröffentlicht der Reichsarbeitsminister eine Verordnung über die Wahlordnung für die Betriebsräte. Nach dieser Wahlordnung wählen die Arbeiter und Angestellten ihre Vertreter im Betriebsamt je besonders. Die Arbeiter- und Angestellterräte werden in der Weise gebildet, daß zu den Arbeiter- und Angestelltenmitgliedern der Betriebsräte Ergänzungsmitglieder hinzutreten. Die Wahl erfolgt auf Grund von Vorschlagslisten, die von mindestens drei Wahlberechtigten unterschrieben sein müssen. Jede Vorschlagsliste soll wenigstens doppelt soviel wählbare Bewerber nennen, wie von der in Betracht kommenden Arbeitnehmergruppe Betriebsratsmitglieder und Ergänzungsmitglieder zu wählen sind. Hierbei sollen die verschiedenen Berufsgruppen der im Betriebe beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitnehmer nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Eine Verbindung von Vorschlagslisten ist unzulässig. Die Verteilung der Mitgliederstellen auf die Vorschlagslisten ist proportional der abgegebenen Stimmenzahl. Der Verordnung, die eingehende Einzelvorschriften über das Wahlverfahren enthält, sind eine Reihe von Mustern beigefügt, deren Benutzung dem Wahlvorstand überlassen bleibt.

Die Gefangenen in Turkestan. „Wie der Volksbund zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen mitteilt, entspricht die Nachricht der „Westminster Gazette", daß in Turkestan 60 000 Gefangene bereits an Hunger und Krankheit zugrunde gegangen seien, nicht den Tatsachen. Der nach Deutschland zurückgekehrte Leiter der 23. deutschen Fürsorgekommission, Leutnant Brendel, der in der Bundesleitung des Volksbundes tätig ist, gibt bekannt, daß in Turkestan sich im Ganzen 26 000 österreichische und 2800 reichsdeutsche Kriegsgefangene befinden, deren Lage allerdings sehr schlecht ist. Eine Schilderung der dortigen Verhältnisse enthalten die „Mitteilungen" des Volksbundes.

Milchversorgung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets. Der „Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet: Mit niederländischen Molkereivereinigungen finden Verhandlungen über eine zweijährige Milchversorgung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes statt. Im Sommer sollen täglich 50 000, im Winter 30 000 Liter Milch geliefert werden.

(Nachdruck verboten.)

Das Spiel mit dem Tode

42] Roman von Lola Stein.

„Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Duncker, Berlin."

„Vielleicht hätte Hermann früher heiraten sollen, vielleicht wäre er dann anders geworden. In jedem Menschen stecken ja viele gute Eigenschaften, bei ihm hat sie wohl keiner geweckt. Er war zu viel und zu lange allein und ist dann der sonderbare und egoistische Mensch geworden, als den ich ihn kennen lernte. Ich war auch nicht die passende Frau für ihn. Eine andere hätte vielleicht die guten Seiten aus seinem Wesen herausgeholt, wäre glücklicher mit ihm geworden. Wie dem nun auch sei: ich denke an ihn in Frieden."

Sie behielt das Bild in der Hand, während sie in ihr Zimmer gingen. Erika stand am gedeckten Teetisch und ordnete noch einige Kleinigkeiten.

Auch sie begrüßte Axel Lindner sehr herzlich.

„Nun sind unsere schönen Teestunden bald zu Ende," sagte sie wehmütig.

Axel wurde unruhig. „Warum?" fragte er. „Was ist geschehen?"

„Raoul will fort," erwiderte Maja und wandte sich halb von ihm ab, um ihre Verwirrung nicht zu zeigen, aber er bemerkte sie dennoch. „Er behauptet plötzlich, es in Berlin nicht mehr auszuhalten, aus hundert Gründen nicht. Ich hatte sein Versprechen, bis zu unserer Hochzeit hierzubleiben, aber nun, da ich sehe, wie ungern er sich meinem Wunsch fügt, muß ich meine Zelte wohl noch in einer anderen Stadt aufschlagen. Ich weiß nur noch nicht wo?"

„Wann?" fragte Axel und erschrak selbst vor dem rauhen und heiseren Klang seiner Stimme, „warum wollt ihr fort?"

„So ein Umzug ist nicht von einem Tage zum andern zu machen," rief Erika unmutig. „Das muß Dr. Bronsart doch begreifen. Er möchte am liebsten heute noch reisen, aber wir haben wenigstens erreicht, bis Anfang des neuen Jahres hier zu bleiben. Jetzt kurz vor Weihnachten, würden mich meine Eltern auf keinen Fall reisen lassen."

„Sie gehen mit, Fräulein Erika?"

„Ja, selbstverständlich," sagte Maja schnell, „Erika bleibt bei mir bis zur Hochzeit. Nun werden wir uns also nicht mehr lange sehen, Axel."

Er fühlte das Bedauern in ihrer Stimme und nahm nun auch eine leise Unruhe wahr, die über ihrem Wesen lag und die ihm bisher entgangen war.

„Du reist nicht gern, kleine Maja?"

„Ich bliebe viel lieber hier. Später, wenn Raoul und ich verheiratet sind, ist alles anders. Dann werde ich mich eben an ein Reiseleben gewöhnen. Aber bis es soweit ist, wäre ich gern in meinem Heim geblieben. Es widerstrebt mir, mich jetzt schon unter fremde Menschen zu mischen, Geselligkeit zu treiben, und das alles bleibt doch auf Reisen nicht aus. Da kommt Raoul," unterbrach sie sich. „Ich höre draußen seine Stimme."

Dr. Raoul Bronsart trat ein. Er war es gewohnt, den einstigen Freund alle paar Tage einmal zur Teestunde bei seiner Braut zu treffen, und Axels Besuche vor allem waren es, die ihm Berlin unleidlich machten.

Die Herren begrüßten sich in dem kühl gemessenen Ton, in dem sie jetzt miteinander verkehrten und in dem nichts mehr von früherer Freundschaft und Herzlichkeit war.

Erika schenkte den Tee ein. „Darf ich bitten, meine Herrschaften."

Sie traten an den Tisch, auf dem Maja vorhin das Bild Hermann Lindners gelegt hatte. Keine von ihnen hatte es wieder beachtet.

Nun erblickte Raoul Bronsart plötzlich die Photographie.

„Was — — was ist das?" Er packte das Bild, er starrte es an, konvulsivische Zuckungen gingen durch seinen Körper. Über sein Antlitz, seine Augen nahmen den gläsernen und schrecklichen Ausdruck an wie damals in dem Zimmer, in dem er mit Hermann Lindner zuletzt gesessen.

Seine Zähne schlugen wie im Frost aufeinander. Er wollte das Bild beiseite legen, — er fühlte die erstarrten, beobachtenden Blicke der anderen, — nicht sehen, ob dieses verhaßte, gefürchtete Antlitz nicht sehen, — er vermochte es nicht. Wie gebannt starrte er es noch immer an, minutenlang, ohne zu sprechen, nur der Atem entrang sich seiner Brust, röchelnd, qualvoll und laut.

Ueber den drei Menschen, die Raoul Bronsart so sahen, lag es wie ein Bann. Keiner vermochte das schreckliche Schweigen zu brechen, bis Maja schließlich mit bebender Stimme seinen Namen nannte:

„Raoul!"

Da fuhr er auf. Wieder wollte er das Bild von sich werfen, aber es schien, als sei es gebannt in seine Hand. Da packte er es mit der andern. Ohne Ueberlegung, ohne Besinnung zerrissen seine zitternden Finger die Photographie. Die zwei Teile schleuderte er auf den Boden. Dann sank er wie in schwerer Erschöpfung in einen Sessel.

„Raoul!" Wieder durchschnitt Maja Lindners Stimme die Stille des Raumes. Aber diesmal klang sie vorwurfsvoll, anklagend. „Um Gottes willen, Raoul, komme zu dir! Wie kannst du so unbeherrscht handeln, wie konntest du das Bild zerreißen!"

Und sie beugte sich nieder und wollte die Stücke vom Boden aufheben. Axel kam ihr zuvor. Ihre Hände berührten sich einen Moment auf dem Teppich, sie waren beide heiß und bebten. Als Axel sich wieder aufrichtete, schien er ganz ruhig zu sein.

Er steckte die beiden Teile des Bildes in seine Tasche und sagte:

„Wenn der Anblick einer Photographie dieses seit langem toten Mannes dich derartig erregt, daß du Sinn und Verstand verlierst, dann begreife ich nur das eine nicht, Raoul: wie du es vermochtest, mit diesem glühenden Hasse im Herzen den Anblick des Lebenden zu ertragen, in sein Haus zu kommen, an seinem Tische zu sitzen."

Raoul Bronsart hatte sich erhoben. Noch war sein Antlitz sehr bleich, noch schien es entstellt, aber er hatte sich wieder in der Gewalt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192002141-18/fragment/page=0002

Erzbergers einträgliche Geschäfte

(Fortsetzung des Sitzungsberichts.)

Zeuge Erzberger schildert sodann die verschiedenen Widerstände gegen die Einführung des Sprengmittels und weist darauf hin, daß Berechnungen darüber aufgestellt worden seien, welche Ersparnisse in den Kosten des alten und des neuen Sprengverfahrens bestehen. Dieje hätten ergeben, daß ein Schuß nach dem neuen Verfahren 80 Pf. bis 1 M. gekostet habe, während das alte Verfahren kaum ein Drittel koste.

Auf einer Stelle der Aussage des Zeugen Erzberger bemerkt Dr. Helfferich: Das Gedächtnis des Herrn Erzberger versagt plötzlich oft.

Vors.: Ich möchte Sie doch bitten, Schärfen gegenüber dem Zeugen zu vermeiden.

Dr. Helfferich: Der Zeuge Erzberger ist in diesem Prozeß der Hauptbelastungszeuge. In welche Lage kämme er, wenn diesen Zeugen sein Gedächtnis in allen wichtigen Fragen so im Stich läßt. — Mit Geheimrat Will, dem Vorsitzenden der Prüfungskommission für Sprengstoffe, hat Erzberger sehr eingehend konferiert, um die Einführung des Kowastsch-Verfahrens durchzusetzen.

Zeuge Erzberger schildert dann weiter, wie die Fusion der beiden Gesellschaften zustandegekommen ist. Er selbst habe sich daran nicht beteiligt. Er glaube nur in einer Sitzung — beteiligt zu sein; er sei bald ausgeschieden. Ich habe meine Anteile sehr bald verkauft, während bald darauf Anteile sehr hoch verkauft worden sind, sowohl im Inlande als auch im Auslande. Meine finanziären Interessen spielen in der ganzen Angelegenheit gar keine Rolle; wenn dies der Fall gewesen wäre, würde ich meinen Anteil behalten und dafür Hunderttausende bekommen haben.

Vors.: Wann sind Sie ausgetreten?

Erzberger: Im Jahre 1915 oder 1916.

Dr. Helfferich: Am 15. August 1916.

Erzberger: Der Angeklagte weiß das alles besser wie ich. Dr. Helfferich: Mein Zettelkasten ist mein Kopf!

Vors.: Wieviel haben Exzellenz für Ihren Anteil bekommen?

Erzberger: 30 000 M.

Dr. Helfferich: Die geschäftliche Verbindung dieser zu seinem wichtigen Sache datiert nicht erst seit der Gründung der G. m. b. H., sie bestand mindestens schon im Herbst 1914. Hat Herr Thyssen nicht schon damals sich mit 25 Prozent beteiligt?

Erzberger: Er hat sich für die Sache interessiert und Versuchsanlagen gemacht, ebenso wie es bei Krupp und auf anderen Gruben der Fall war; beteiligt war er nicht.

Dr. Helfferich ruft dazwischen: Das ist empörend! — Der Vorsitzende ersucht wiederum, solche Aeußerungen zu unterlassen.

Dr. Helfferich: Es ist mir nahezu unmöglich, solches ruhig anzuhören. Ich habe selbst 1914 von Herrn Thyssen gehört, daß er beteiligt sei. Das lose Konsortium bestand schon im Jahre 1914.

Erzberger: Ich kann mich auf einen einzelnen Termin unmöglich festlegen lassen.

Vors.: Die Frage lautet: War Herr Thyssen 1914 bereits mit 25 v. H. an dem Unternehmen beteiligt, und sind Sie selbst mit die beiden anderen auch schon damals mit 25 v. H. beteiligt gewesen?

Erzberger: Ich kann im Augenblick eine bestimmte Antwort über den Termin nicht geben.

Dr. Helfferich: Ich muß dazu beantragen, den Generaldirektor Jacob und auch Herrn Thyssen nochmals zu vernehmen.

Rechtsanw. Dr. Friedländer: Zu welchem Zweck soll das dienen?

Dr. Helfferich: Die Glaubwürdigkeit eines Zeugen spielt doch in diesem Prozeß eine große Rolle und eine doppelte Rolle, wenn er sich um einen Zeugen handelt, von dem ich behaupte, daß in diesem Punkte, wie in anderen er unglaubwürdig ist.

Rechtsanw. Dr. Friedländer: Wir können doch hier nicht das ganze Leben des Herrn Nebenklägers durchdecken.

Dr. Alsberg verwahrt sich gegen diese Einwürfe.

Zeuge: Ist es richtig, daß Sie für die Lizenz bei den Verhandlungen Gebühren gefordert haben, die von dem Bergrat, mit dem Sie verhandelt haben, als unglaubhaft bezeichnet worden ist.

Erzberger: Als Rittmeister Baldus im Felde stand, habe ich die Verhandlungen geführt. Ich erinnere mich einer solchen Verhandlung, wie hier behauptet wird, nicht.

Dr. Alsberg: Haben Sie nicht mit dem Bergamt in Gladbeck verhandelt?

Erzberger: Meiner besseren Erinnerung nach nicht.

Dr. Alsberg: Oder mit dem Oberbergrat v. Meer?

Erzberger: Ich kann mich auch darauf nicht besinnen.

Dr. Alsberg: Ist Ihnen nicht gesagt worden, daß die Lizenzgebühr, die Sie fordern, einen jährlichen Betrag von 4¼ Millionen ausmachen würde?

Zeuge: Ich kann mich unmöglich jeder Unterredung erinnern, die fünf Jahre zurückliegt.

Helfferich: Wenn es richtig ist, daß Herr Geh. Rat Polensky in unmittelbarer Berührung zu Kowastsch stand, und es nicht darauf ankam, Ihren Einfluß als Abgeordneter nutzbar zu machen, warum hat sich denn Kowastsch nicht direkt an Polensky gewandt?

Erzberger: Polensky kannte meine Beziehungen zu Kowastsch.

Dr. Alsberg: Aber in dem Schreiben, das Kowastsch an Sie richtet und dem Sie Ihren Brief an Polensky beifügten, ist auf Grund Ihres Einflusses aufgefordert worden, die Verhütung des Konkurrenzverfahrens herbeizuführen.

Erzberger: Herr Polensky war jedenfalls über meine Bemühungen unterrichtet.

Helfferich: Ich beantrage die Ladung des früheren Handelsministers Sydow. Unter dem früheren Regime war es nicht möglich, daß der betreffende Beamte den Chef nicht unterrichtet. Ob dies unter dem neuen Regime üblich ist, weiß ich nicht.

Dr. Alsberg: Sie sagen, Sie hätten „im Allgemeininteresse" gehandelt. Wieviel haben Sie in die Gesellschaft eingebracht?

Erzberger: 2200 M., außerdem habe ich eine Bürgschaft übernommen.

Dr. Alsberg: Sind Sie für die Bürgschaft in Anspruch genommen worden?

Erzberger: Nein.

Dr. Alsberg: Dann haben Sie doch ein ganz erkleckliches Geschäft bei der Sache gemacht, da 30 000 M. an Sie herausgezahlt sind.

Erzberger: Ich habe auch sehr viel Arbeit für die Sache aufgewandt.

Dr. Alsberg: Haben Sie außer den 30 000 M. noch Lizenzgebühren erhalten?

Erzberger: Nicht einen Pfennig!

Dr. Alsberg: Haben Sie nun eine Erklärung dafür, daß das Konsortium 50 000 M. gezahlt hat, ohne daß das Verfahren angewandt wurde?

Erzberger: Ich weiß darüber nichts Näheres, ich weiß nur, daß sie gezahlt worden sind.

Dr. Alsberg: Es ist nämlich der Verdacht geäußert worden, der Betrag ist gezahlt worden, damit Sie die Interessen des Bergfiskus wahrnehmen.

Erzberger: Das hört doch alles auf!

Dr. Helfferich: Aus der Bekundung des Herrn August Thyssen geht hervor, daß das Patent angesichts des gefährlichen Stickstoffmangels nach während des Krieges für 900 000 M. an das Ausland verkauft worden ist. Wie vereinbaren Sie das mit Ihrem allgemeinen Interesse?

Erzberger: Das ist alles nach meinem Ausscheiden geschehen.

Das Gericht tritt dann in die Erörterung der Rechberg-schen Angelegenheit ein. Kommerzienrat Rechberg fabrizierte in seinem Unternehmen ein imprägniertes Leder und interessierte, wie Helfferich ausführt, den Abgeordneten Erzberger daran nicht nur durch Darlegung der Kriegswichtigkeit, sondern durch Argumente von stark metallischem Klang. Die Beteiligung Erzbergers sei bis zur Höhe einer 6-stelligen Zahl gegangen, und Erzberger hat die Beteiligung bei einem Unternehmen angenommen, das lediglich für Heeresbedarf lieferte, obwohl er Mitglied des Aufsichtsrates der Kriegsleder A.-G. war. Der Reichstag hat Wert darauf gelegt, gegenüber den Vertretern der Industrie bei Kriegsgesellschaften auch uninteressierte Vertrauensmänner zu haben. Die Rechenberg-Erzbergersche Fabrik hat große Millionenaufträge vom Kriegsministerium erhalten. Auch nach seiner Ernennung zum Staatssekretär und Reichsfinanzminister habe Erzberger seinen Aktienbesitz behalten.

Helfferich erwähnte dann, daß sein Ausscheiden des Ministers Podbielski wegen der Angelegenheit Tippelskirch der Kaiser seinerzeit erklärt habe, daß auf einen Minister kein Makel fallen dürfte. Das war unter dem alten Regime. Unter dem neuen ist es in Deutschland dagegen möglich, was nach Helfferichs Ansicht in keinem anderen Kulturstaat möglich ist, daß ein Mann, gegen den Sachen vorliegen wie gegen den Reichsfinanzminister, solch amtsführender Minister sein kann.

Erzberger erwidert in scharfer Weise hierauf, worauf der Vorsitzende noch einmal strenge Sachlichkeit anempfiehlt. Der Reichsfinanzminister erklärt weiter, daß er gar keinen Grund sehe, weshalb er seinen Aktienbesitz abstoßen soll, weil er Minister sei.

Der nächste Zeuge, General von Oven, hielt das Rechberg-sche Leder für vorzüglich und hat aus diesem Grunde als Chef des Verwaltungsdepartements des Kriegsministeriums dafür gesorgt, daß die Firma Rechberg möglichst viel Aufträge zugewiesen erhielt. Eine Beeinflussung durch den Abgeordneten Erzberger habe nicht stattgefunden, wäre auch bei ihm nicht möglich gewesen. Es war dem Zeugen nicht bekannt, daß der Abgeordnete Erzberger, mit dem er einmal eine kurze Unterredung hatte, finanziell an dem Rechberg-schen Unternehmen beteiligt war.

Der Angeklagte stellt an Exzellenz von Oven die Frage, wie er es nennen würde, wenn ein Abgeordneter ein so kriegswichtiges Verfahren an das Ausland verkaufen würde, worauf General von Oven bemerkt, daß er dies als Unrecht bezeichnen würde.

Helfferich legt dann ein Schreiben vor, aus dem hervorgeht, daß das Verfahren unter Mitwirkung Erzbergers an eine norwegische Gesellschaft verkauft wurde, ferner stellt er fest, daß Erzberger dem Vertreter dieser Firma einen Ausweis als Mitglied der Waffenstillstandskommission ausgestellt hat. Der Norweger habe auf Grund dieses Ausweises während der Eisenbahnsperre für eine Geschäftsreise ein Automobil erhalten.

Erzberger bestreitet die Ausstellung dieses Ausweises.

Das Gericht beschließt, die Vernehmung der beiden oben in Frage kommenden Beamten, sowie des Gewährsmannes Helfferich.

Die Verhandlung wird auf Montag ½10 Uhr vertagt.

Die französische Auslieferungsliste

(Fortsetzung.)

* Coeringer, bayerischer General, und * Lidl, bayerischer Oberst und Etappenkommandant. * Hauptmann Geßner, Führer der 20. Feldeisenbahner-Komp. und eines Detachements des 112. und 117. Inf.-Regts. * Generalmajor von Behr, Kommandeur der 32. Brigade. * Freiherr von Gebsattel, Führer einer Eskadron, zu der das 3. Chevaulegers-Regiment gehörte. * Generalleutnant von Breitkopf, Kommandeur der 8. bayr. Div. * Oberst Freyenberg, 132. Inf.-Regt. * Oberst Steiner, 5. bayr. Inf.-Regt. * Generalmajor Lang, Führer der 11. bayr. Inf.-Brig. * Oberst Weiß, Kommandeur des 10. bayr. Inf.-Regts. * General von Oven, der frühere Gouverneur von Metz, und * der General, der die Einheit kommandierte, zu der das 4., 8. und 68. bayr. Inf.-Regt. gehörten (siehe Riedel). * Roth, Platzkomm. von Thiaucourt. * Zurmann, Platzkomm. von Thiaucourt 1918. * Komm. des 23. Drag.-Regts. * Die Kommandeure des 22. und schlesischen 38. Res.-Inf.-Regts. * Die Kommandeure des 12. und 15. bayr. Landw.-Inf.-Regts. * Baron v. Gemmingen, Platzkommandant. * Rheinhardt, Unteroff. im 158. preuß. Inf.-Regt. * Der Komm. des 16. bayr. Regts. * Der Komm. des Ersatz-Bails. der 1. Garde-Inf.-Brig. * Schmidt, Leutnant im 125. schles. Gren.-Inf.-Regt. * Der General, dem die deutschen Inf.-Regtr. 121, 122 (* Leutnant Schmidt), 123 und 125 unterstanden * und deren Kommandeure (ebenso). * Grundherr, Generalmajor im bayerischen Heere. Kommandanturoffizier. (Sein Adjutant war der Leutnant von Falkenhahn, Sohn des Generals.) * Manger, Stabsarzt im 13. Inf.-Regt. * Von Korn, komm. Gen. des 21. A.-K. * Komm. des 3. bayr. Inf.-Regts. (1. bayr. A.-K.) * Komm. des 9. bayr. Inf.-Regts. * Von Dewitz, Preuß. Gardehauptmann. * Der Oberst und Komm. des 144. Inf.-Regts. (67. Brig., 16. A.-K.). * Rehfeld, Hauptmann im 130. Inf.-Regt., 12. Komp. * Der bayr. General, der am 24. August in Baccarat den Oberbefehl hatte. * Fabarius, Art.-Komm. im 14. A.-K. * Der Komm. des 121. württ. Inf.-Regts. * Komm. des 11. Pionier-Batls. (August 1914). * Von Kayser (Major im 65. Territorial?), Inf.-Regt., der zum 28. Koblenzer Inf.-Regt. gehört haben soll. * Der Komm. des 65. Landw.-Inf.-Regts. * Der Oberst und Komm. des 4. bayr. Landw.-Regts. * Der General, der die Einheit befehligte, zu der das 5. Batl. Jäger zu Fuß gehörte. * Kloehl, Major und Komm. des 2. Bails. des 98. preuß. Inf.-Regts. * Der Komm. des 51. deutschen Inf.-Regts. * Der Komm. des 42. oder 46. Ulanen-Regts. * Der Komm. des 137. Inf.-Regts. * Der General, der die 28. Kav.-Brig. befehligte. * Der Komm. des 116. deutschen Inf.-Regts. * Von Dorsner, General. * Niemann, Leutnant, 98. Inf.-Regt. * Der General, der 1918 die 5. Armee befehligte. * Prinz von Wittgenstein, Befehlshaber eines Ulanenkorps. * „v. Durach", Komm. des 13. (württ.) A.-K. (121. und 122. Inf.-Regt. * Prinz von Württemberg. * General v. Kirschbaum, Komm. der 12. bayr. Brig. * Leutn. Grubner, Platzkomm. in St. Mihiel. * General v. Strantz, 5. A.-K. * Waschmuth oder Wachmuth, Oberst des 3. Niederschlesischen Inf.-Regts. Nr. 50. * Hauptmann Boldt, Adjutant der 203. Brigade. * General Liebesfuß, Komm. der 19. Brig. * Feldwebel Matz vom 6. Gren.-Regt. * Gen. v. Bülow, Komm. der 2. Armee. * Hauptmann Niemann, 140. Inf.-Regt. * Henrich, Komm. des 140. Inf.-Regts. * Komm. des 71. Inf.-Regts. (9. A.-K.). * Komm. General des 12. A.-K. (außerdem * Kommandeure des 28. und 64. Art.-Regts., des 100., 101., 102., 103., 134., 177., 178. Inf.-Regts.). * Gen. d. Inf. von Below, Komm. Gen. der 17. Armee (?) und der 1. Armee. * Platzkommandant Maret von Rethel. * Hauptm. Haaß. * Komm. des 160. Inf.-Regts. 8. A.-K. * Komm. d. 178. Inf.-Regts., 12. A.-K. * Komm. Gen. des 8. A.-K. (* dazu die Kommandeure des 29., 66. und 69. Inf.-Regts.). * Oberleutn. Rekowski, 13. Inf.Regt., 1. Komp. * Haup m. von Katte, 3. Garde-Gren.-Regt. * Oberstleutn. vom 9. Inf.-Regt. * Major Kleis vom 9. Inf.-Regt. * Oberst Erefer vom 84. Inf.-Regt. und * Major Walerd von demselben Regt. * Major von Marquardt vom 16. Inf.-Regt. * Komm. Gen. der 3. deutschen Armee.

Halle und Umgebung

Halle, 14. Februar.

Elternbeiträte

Der Kreisschulinspektor für Halle I (Stadt) gibt bekannt: Die Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, hat unter dem 18. Januar 1920 verfügt: „Auf mehrfachen Antrag aus dem Bezirke wollen wir uns damit einverstanden erklären, daß an denjenigen Schulen, welche eine nennenswerte Zahl auswärtiger Schüler haben, die Wahl zum Elternbeirat am 7. und am 8. März d. J. stattfindet, damit die Eltern trotz des teilweise gesperrten Sonntagsverkehrs auf den Eisenbahnen ihr Wahlrecht ungehindert ausüben können. Es wird dies besonders für die Mittelschule in Betracht kommen." Ferner ist unter dem 24. Januar 1920 von der Regierung bekannt gegeben worden: „Der Herr Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat durch Erlaß vom 15. d. Mts. bestimmt, daß bei den Wahlen für die Elternbeiträte im März die Eltern derjenigen Schüler und Schülerinnen, die von Ostern ab die Schule besuchen werden, in die Wahllisten mit aufzunehmen sind. Anderseits sind die Eltern derjenigen Schüler und Schülerinnen, die Ostern die Schule verlassen, nicht wahlberechtigt."

Nach diesem Erlasse des Herrn Ministers ist die Wählerliste abzuändern und wird in der neuen Aufstellung vom 17. Februar bis zum 1. März 1920 in den Mittel- und Volksschulen ausgelegt werden. Die Wahlvorschläge sind bis zum 26. Februar 1920 einzureichen.

Gas bis 10 Uhr abends

Mit Wirkung vom Sonnabend, dem 14. Februar, wird die Gasabgabezeit des Abends um 1 Stunde verlängert, die Gasabgabe erfolgt also von 5—10 Uhr abends.

Halle, den 13. Februar 1920. Der Magistrat.

— **Deutschvölkischer Schutz- und Trutzbund.** Am 16. Februar, abends 7½ Uhr, findet im „Hofjäger", Lindenstraße, eine Versammlung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, dessen Name in der Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei am 8. Februar fiel, wo Abel von der „Deutschen Zeitung" sprach. Es spricht der bekannte Sprach- und Rassenforscher Dr. Hoffmann-Kutschke über „Die Juden die Könige der Welt, Deutschland in Judennot". Diesenigen deutschen Männer und Frauen, die bei den Vorträgen der deutschnationalen Redner sich schon über die Judenfrage Gedanken machten, werden herzlichst eingeladen, ebenso alle Mitglieder und Anhänger des Bundes, soweit sie noch nicht benachrichtigt sind. Preis 1 Mk. per Karte, die bei Riemeyer (Buchhandlung, Große Steinstraße) und Tausch & Grosse (Buchhandlung, Große Ulrichstraße) noch in beschränkter Anzahl zu haben sind.

— **Die hiesige Hauptfernsprechwerkstätte, die am Montag wegen Unwirtschaftlichkeit des Betriebes im Einverständnis mit der Reichs- und Staatsregierung geschlossen werden mußte, wird voraussichtlich am Montag wieder geöffnet werden.**

— **Akademische Vereinigung Halle-Wittenberg.** Am Freitag hielt Prof. Dr. Haecker einen Vortrag über „Die Vererbung des Familientypus" (mit Lichtbildern) im Auditorium maximum der Universität. Es wurde unter hauptsächlichster Berücksichtigung der Erblichkeitsverhältnisse im Habsburger und Wettiner Haus zu zeigen versucht, daß ganz im Einklang mit den zoologischen und botanischen Ergebnissen der experimentellen Vererbungsforschung und mit den Erfahrungen auf dem Gebiete der Krankheitsforschung nur unter besonderen Umständen bestimmte Familiencharaktere körperlicher Art (ein bestimmter Familientypus) in regelmäßiger Weise übertragen werden und insbesondere eine ausgesprochene Erblichkeit im direkten Mannesstamm hervortritt. Es ergeben sich daraus eine Reihe von Folgerungen bezüglich der Berechtigung der üblichen Auffassung des Familienbegriffes.

— **Familienabend.** Heute abend um 7½ Uhr gedenkt in der Stadtmission, Weidenplan 4, der Blau-Kreuz-Verein einen Familienabend abzuhalten. Pastor Winterberg wird dabei über das Thema sprechen: „Ein Wunder von Gott". Außerdem sollen Gedicht- und Gesangsvorträge geboten werden. Eintritt frei.

— **Die Pflicht für die Einreichung der Steuererklärung zu den Kriegsabgaben** wurde vom Reichsfinanzministerium bis 29. Februar verlängert, da wider Erwarten die Banken trotz Anspannung aller Kräfte bisher allenthalben nicht in der Lage waren, die Berechnungen des Kapitalvermögens ihrer Kunden nach dem Stande vom 30. Juni fertigzustellen.

— **Der sechste Teil der „Herrin der Welt", „Die Frau mit den Milliarden".** Vor dem großen Kinopalast an der Alten Promenade stauen sich abends die Massen, Schutzleute und ein Polizeiinspektor sind bemüht, das Anstellen der vielen Menschen, die sich die Fortsetzung des Riesenfilms ansehen wollen, in einiger Ordnung zu halten. Mit der Länge des beliebterten Bandes wächst also die Sehnsucht nach der Fortsetzung. Auch diesmal muß das gleiche Urteil gefällt werden wie in der Besprechung des fünften Teils. Was die Regiekunst zusammenbringen konnte, das ist diesem Film geschenkt worden. Aber das, was uns in den früheren Teilen aufhorchen ließ, und was sich da zu einer Tragödie auswuchs, das wird nach und nach Lustspiel, denn die Handlung gibt nicht mehr das her, um fünf Akte mit allen Mitteln neuzeitlicher Regiekunst spannend zu machen. Und doch! Wer Freude hat an einem neuzeitlichen Journalistenfilm und dabei Sinn für Aufmachung, der wird verstehen können, daß draußen die Menschen sich stauen, während drinnen „Die Frau mit den Milliarden" von Ophir über Afrika und den Ozean heimwärts fliegt und sich den jubelnden Empfang des Zeitungskönigs Fletscher gefallen lassen muß. Daneben bewundert man, wie die Regisseure dieses Films sich die Errungenschaften der Technik herzuholen, und man ist selbst als Angehöriger der modernen Presse erstaunt, daß unsere Schnelligkeit noch überholt werden kann. Zuletzt, das mag noch gelagt sein, findet über dem Gedanken der Rache die junge Millardärin in dem mitbefreiten Ingenieur die Welt ihres Glückes, und so endet auch dieser Film mit einem ganz prächtigen Bilde, das nach der Unruhe und den Aufregungen der bewegten Fahrt in ein stilles Bild auf abendlicher See ausklingt.

— **Bad Neu-Nagoczy bei Halle.** Mit großem Eifer wird das altbekannte, idyllisch gelegene Bad für die kommende Saison hergerichtet. Wie wir hören, soll der wildromantische Park zur modernen Kuranlage umgearbeitet werden, so daß für das neuerbaute Brunnenhaus ein würdiger Rahmen entsteht. Erfreulicherweise werden die starken Neu-Nagoczy-Heilquellen (ähnliche Kochsalzquellen mit Eisengehalt wie der Kissinger Rakoczy-Brunnen, der Elisabeth-Brunnen in Homburg und stärker als die bekannte Pyrmonter Stahlquelle) der leidenden Menschheit wieder zugeführt. Neuzeitlich eingerichtet, unterstellt der Brunnenbetrieb der wissenschaftlichen Ueberwachung eines praktischen Arztes und eines approbierten Chemikers. Die Brunnenverwaltung beabsichtigt durch ständige Omnibus-Verbindung ab Station Bölau und regelmäßigen Dampferverkehr bequeme Verbindung mit Halle herzustellen.

Familien-Nachrichten.

Todesfälle: Am 11. Februar Paul Schmidt im 51. Lebensjahr. — Am 12. Februar Gustav Herz im 77. Lebensjahr. — Am 12. Februar Friedrich Just im 19. Lebensjahr. — Am 12. Februar Alwin Schmidt. — Am 12. Februar Karl Koch. — Am 12. Februar Friederike Goldhammer. — Am 11. Februar Emma Braumann im 56. Lebensjahr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192002141-18/fragment/page=0003

Provinz Sachsen

R. Dessau, 13. Febr. (Verbot der „Wahrheit".) Der Reichsobergruppenkommandeur Maercker hat auf Grund des Belagerungszustandes das Erscheinen der unabhängigen Arbeiterzeitung „Die Wahrheit" auf die Dauer von 14 Tagen verboten. Das Verbot erfolgte wegen Veröffentlichung eines „Die Auslieferung" überschriebenen Artikels, an dessen Schluß es heißt: Hat Hindenburg nicht schon genug Unheil über das deutsche Volk gebracht? Wer die Frage Katastrophe oder Hindenburg gegen Hindenburg löst, erlöst das Volk.

tzk. Naumburg, 12. Febr. (Deutscher Mietertag.) Im Mai oder Juni d. J. wird die Vereinigung der deutschen Mieterbeirräte hier einen allgemeinen deutschen Mietertag abhalten, der sich mit der Frage der neugesetzlichen Regelung des Mietsrechts befassen wird.

tzk. Jena, 12. Febr. (Zeitungsverbot.) Auf Grund der §§ 1 und 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 13. Januar 1920 ist die unabhängige „Neue Zeitung" in Jena in jeder Erscheinungsform auf die Dauer von 14 Tagen verboten worden.

tzk. Erfurt, 12. Febr. (Finanzamt.) Der Reichsminister der Finanzen hat angeordnet, daß nach Erfurt zunächst zwei Finanzämter gelegt werden, die zunächst als Unterabteilungen des Landesfinanzamtes Magdeburg eingerichtet werden sollen. Sie sollen die Bezeichnung Erfurt 1 und Erfurt 2 führen. Ersteres soll alle Geschäftsbereich den Stadtkreis Erfurt umfassen, während das Amt Erfurt 2 unseren Landkreis und den Kreis Weißensee bearbeiten soll.

tzk. Gera, 12. Febr. (Bürgermeisterwahl.) Der Gemeinderat wählte heute den sozialdemokratischen Redakteur und Volksratspräsidenten Leben mit 30 von 52 Stimmen zum Bürgermeister der Stadt Gera.

— Ilmenau, 13. Febr. (Deutschnationale Volkspartei.) Die Bezirksgruppe Ilmenau der Deutschnationalen Volkspartei veranstaltete in der Turnhalle einen sehr gut besuchten öffentlichen Vortragsabend. Der Redner des Abends war Staatsminister a. D. v. Meldrick. In seiner aus der Nationalversammlung genugsam bekannten durchaus bornehmen und sachlichen Redeweise erläuterte er den Werdegang unserer heutigen Regierung und Volksvertretung mit all ihren Schwächen und Fehlern, welche die Deutschnationale Volkspartei leider gezwungen haben, ganz zu einer Oppositionspartei zu werden und sogar Reichshaushalt und Steuergesetze grundsätzlich abzulehnen. Auf dem Gebiet der äußeren wie der inneren Politik schilderte der Redner unsere Entwicklung vom Beginn der parlamentarischen Regierung an, über Revolution und Waffenstillstand, Verfassungsregelung und Friedensschluß bis zum heutigen Tage, an dem uns die Feinde zu zwingen versuchen, den schändlichsten Vertragswerken des Friedensvertrages zu Versailles, die Auslieferung unserer ruhmreichen Heerführer, zur Tat werden zu lassen. Mit brausendem Beifall wurden sowohl die Ausführungen des Redners aufgenommen, als auch die vom Versammlungsleiter eingebrachte Entschließung, auch unsererseits tatkräftig Einspruch zu erheben gegen die Erfüllung jenes Sämtlichparagraphen des Friedensvertrages, die uns zu unserer jetzigen Wehrlosigkeit auch noch die Ehrlosigkeit bringen würde.

6. Eisenach, 12. Febr. (Oeffentliche Volkslesehalle.) Die nach dem Vorbild von Jena und Weimar geschaffene öffentliche Volkslesehalle, in welcher gegen 50 Tageszeitungen aller politischen Richtungen und zahlreiche Zeitschriften wissenschaftlichen, belehrenden und unterhaltenden Inhalts zur unentgeltlichen Benutzung ausliegen, erfreut sich in hohem Maße der Unterstützung der Stadt. Sie stellte für den gemeinnützigen Zweck den geräumigen Saal des in städtischem Besitz befindlichen Hotels „Großherzog von Sachsen" in der Nähe des Hauptbahnhofs zur Verfügung und gewährte außer den Zuschüssen für die Einrichtung auch die Kosten für die Beleuchtung und Heizung des freundlichen Raumes, insgesamt 10 000 Mark.

— Koburg, 12. Febr. (Zwangswirtschaft für Eier.) Wegen fortgesetzter Preistreiberei ordnete das Staatsministerium erneut die Zwangswirtschaft für Eier im Freistaat Koburg an.

— Dresden, 12. Februar. (Der Freiberger Silberbergbau.) Die sächsische Regierung erwägt angesichts des gestiegenen Silbergeldpreises die Wiederaufnahme des Freiberger Silberbergbaues, der allerdings nur in beschränktem Umfange erfolgen kann, da ein Teil der Gruben ersoffen ist und die Maschinen zum großen Teil vor Jahren abmontiert sind.

Volkswirtschaft

Nachdruck der mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Aktiengesellschaften

Mansfeldsche Kupferschiefer bauende Gewerkschaft in Eisleben. Die Kuxe der Gewerkschaft erreichten an der Leipziger und Berliner Börse mit 4500 M. einen Kursstand, wie er seit Bestehen des Unternehmens noch nicht erreicht worden war.

60 Proz. Dividende, die höchste seit Bestehen der Gesellschaft, schlägt die Verwaltung der Rauchwaren-Zurichterei und Färberei A.-G. vorm. Louis Walters Nachf. in Markranstädt für das Jahr 1919 vor. Das Unternehmen hat schon während des Krieges seine Erträgnisse sehr beträchtlich steigern können und z. B. im Jahre 1917 50 Proz. an seine Aktionäre ausgeschüttet. Im Jahre 1918 sank allerdings die Dividende auf 10 Proz.

Kraftwerk Thüringen, Akt.-Ges., in Gispersleben. Der Aufsichtsrat schlägt die Erhöhung des Aktienkapitals um 0,5 auf 4,5 Mill. M. vor. Die neuen Aktien werden vom 1. April d. J. an dividendenberechtigt sein und durch das Bankhaus Philipp Elimeyer den alten Aktionären derart angeboten, daß auf 8000 M. alte Aktien eine neue Aktie zu 1000 M. kommt. Ferner soll über die Aufnahme einer 4½proz. Anleihe im Betrage von 2 Mill. M., die zu 102 Proz. rückzahlbar ist, beschlossen werden.

Schrepel und Kutschbach, A.-G., in Chemnitz. Die Dividende wird mit 10 Proz. (0 Proz.) in Vorschlag gebracht.

Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt Luther in Braunschweig. Die Verwaltung beantragt eine Kapitalserhöhung um 4 Mill. M. Die Aktien sollen